

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 754

des Abgeordneten Péter Vida (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/1924

### **Hintergrund zur Ausübung des Vorkaufsrechts durch das Landesamt für Umwelt bezogen auf die Flurstücke 330, 344, Flur 1 der Gemarkung Sophienstädt**

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Landwirtschaft, Umwelt und Klimaschutz die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung des Fragestellers: Mit Bescheid vom 09.10.2019 übte das Landesamt für Umwelt Vorkaufsrechte bezüglich Flurstücken der Gemarkung Sophienstädt aus. Das Vorkaufsrecht wurde zu Gunsten der Stiftung Pro Artenvielfalt ausgeübt und mit § 26 Abs. 1 BbgNatSchAG begründet. Im Widerspruchsverfahren stellte das Landesamt für Umwelt fest, dass bezogen auf eines der Flurstücke der Gemarkung Sophienstädt die Voraussetzungen zur Ausübung des Vorkaufsrechts nicht vorlagen und hob den Bescheid zur Ausübung des Vorkaufsrechts hinsichtlich dieses Flurstücks auf.

1. Welche Voraussetzungen müssen vorliegen, damit das Landesamt für Umwelt das Vorkaufsrecht gestützt auf § 26 Abs. 1 BbgNatSchAG ausüben kann?

Zu Frage 1: Gemäß § 26 Absatz 1 BbgNatSchAG müssen Flächen, für die das Landesamt für Umwelt (LfU) das Vorkaufsrecht geltend macht, in Naturschutzgebieten oder solchen in Ausweisung oder dem Nationalpark liegen. Das Vorkaufsrecht darf nur ausgeübt werden, wenn das Grundstück für den Naturschutz, die Landschaftspflege oder naturnahe Erholung verwendet werden soll. Die vorgesehene Verwendung ist bei der Ausübung des Vorkaufsrechts anzugeben.

Das Vorkaufsrecht kann vom Land auf Antrag zugunsten von Körperschaften des öffentlichen Rechts und anerkannten Naturschutzvereinigungen oder auch zugunsten von Vereinen oder Stiftungen ausgeübt werden, die sich nach ihrer Satzung überwiegend dem Naturschutz und der Landschaftspflege im Land oder Teilen des Landes Brandenburg widmen und aufgrund ihrer bisherigen Tätigkeit Gewähr für eine sachgerechte Förderung der Ziele des Naturschutzes und der Landschaftspflege bieten, wenn der Begünstigte dem schriftlich zugestimmt hat. Der Eigentumserwerb muss im Zusammenhang mit einem Naturschutzprojekt des Vereins oder der Stiftung stehen.

2. Welche Flächen (Anzahl der Teilflächen samt Größe) umfasst die Ausübung des Vorkaufsrechts gemäß § 26 BbgNatSchAG durch das Landesamt für Umwelt (LfU) in den Jahren 2015 bis 2020?

Zu Frage 2: Die Ausübung des Vorkaufsrechts durch das LfU umfasst in den Jahren 2015 bis September 2020 164 Flächen mit einer Größe von insgesamt ca. 456 ha.

3. Wurden bereits in der Vergangenheit Vorkaufsrechte zu Gunsten der Stiftung Pro Artenvielfalt ausgeübt? Wenn ja, wie viel m<sup>2</sup> sind davon betroffen und welche Erfahrungen gibt es bei der Umsetzung der einzelnen Projekte der Stiftung?

Zu Frage 3: Das Land Brandenburg übt seit zwölf Jahren das Vorkaufsrecht zu Gunsten der Stiftung Pro Artenvielfalt auf einer Gesamtfläche von ca. 145.000 m<sup>2</sup> aus.

4. Was bewegte das Landesamt für Umwelt in dem konkreten Sachverhalt dazu, sein Vorkaufsrecht auszuüben?
5. Welche konkreten Projekte möchte die Stiftung Pro Artenvielfalt auf den durch das Vorkaufsrecht geltend gemachten Grundstücken durchführen?

Zu Frage 4 und 5: Im konkreten Fall hat das LfU das Vorkaufsrecht auf Basis einer 2009 mit der Stiftung Pro Artenvielfalt abgeschlossenen Kooperationsvereinbarung ausgeübt. Die Stiftung verfolgt hier das Projekt „NSG Finowtal“ mit Schutzziele in den Bereichen Artenschutz- und Lebensraumschutz sowie zur Verbesserung des Naturhaushaltes. (s. hierzu auch: <https://www.stiftung-pro-artenvielfalt.org/seiten/projekte/finowtal.html>)

6. Die Umsetzung der Naturschutzprojekte soll in enger Abstimmung mit der Verwaltung des Naturparks Barnim erfolgen. Welche Konzepte gibt es für die Abstimmung mit der Stiftung Pro Artenvielfalt?

Zu Frage 6: Der Pflege- und Entwicklungsplan für den Naturpark Barnim bildet die inhaltliche Grundlage der Kooperationsvereinbarung mit der Stiftung Pro Artenvielfalt. In der Kooperationsvereinbarung sind die Rechte und Pflichten der beiden Partner klar definiert. Es bestehen regel- und planmäßige Arbeitskontakte.

7. Weshalb wurde seitens des Landesamts für Umwelt zunächst davon ausgegangen, dass die Voraussetzungen zur Ausübung des Vorkaufsrechts auch bezogen auf das andere Flurstück vorliegen würden?

Zu Frage 7: Hier lag ein kartographischer Interpretationsfehler seitens des LfU vor, der zur Annahme führte, dieses Flurstück läge auch im Naturschutzgebiet. Die Fehlerursache wurde im LfU ausgewertet. Der Fehler wurde korrigiert.